

Mitglieder des Kreistags
des Landkreises Esslingen

25. November 2022

Kurzprotokoll über die Sitzung des Kultur- und Schulausschusses
vom 24.11.2022

- Öffentlich -

1. Freilichtmuseum Beuren - Saison 2022

Der Ausschuss nimmt den Saisonbericht zur Kenntnis.

2. Sachstand Weiterentwicklung des Kreismedienzentrums

Der Ausschuss nimmt den Sachstand zur Weiterentwicklung des Kreismedienzentrums zur Kenntnis.

3. Entwicklung der Sachkostenbeiträge der Schulen in der Trägerschaft des Landkreises Esslingen

Der Ausschuss nimmt die Entwicklung der Sachkostenbeiträge zur Kenntnis.

4. Kreisjubiläum 2023 / 50 Jahre Landkreis Esslingen und 175 Jahre Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen - Sachstandsbericht

Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

5. Haushaltsdebatte 2023 - Anträge der Fraktionen und Stellungnahmen der Verwaltung

5.1 Antrag Fraktion GRÜNE

5.1.1 Zusätzlicher Schulraumbedarf an Sonderpädagogischen Bildungszentren des Landkreises

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragt bei der Landkreisverwaltung

- im nächsten KSA darüber zu berichten, wie viele Schülerinnen und Schüler an Regelschulen inklusiv beschult werden. „Inklusiv beschulte Schülerinnen und Schüler“ sind in diesem Zusammenhang keine Schülerinnen und Schüler der Außenklassen.
- Darüber hinaus soll berichtet werden, wie der Landkreis darauf hinwirken kann, dass die Zahl der inklusiven Beschulung an Regelschulen des Landkreises erhöht werden kann.

Begründung:

Bei der Einbringung des Haushalts wurde von Landrat Eininger darauf hingewiesen, dass es an den Sonderpädagogischen Bildungszentren zusätzliche Schulraumbedarfe gibt. Im KSA soll möglichst bald ein Lösungsvorschlag präsentiert werden.

Zur Entscheidungsfindung halten wir es für notwendig genauere Zahlen zur Entwicklung der Schülerzahlen in den SBBZ aber auch über inklusiv beschulte Kinder in Regelschulen der vergangenen Jahre zu haben. Dabei gelten die Außenklassen der SBBZ in unserem Sinne nicht als inklusiv beschulte Schülerinnen und Schüler an Regelschulen.

Der steigenden Zahl von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Bildungsbedarf kann durch die Schaffung von zusätzlichem Raum an den Sonderpädagogischen Bildungszentren entsprochen werden. Dadurch entstehen dem Landkreis hohe Investitionskosten mit anschließenden Unterhaltungs- und Sanierungskosten. Die bauliche Erweiterung der SBBZ ist eine Möglichkeit auf steigende SchülerInnenzahlen zu reagieren. Aus Sicht der grünen Kreistagsfraktion ist die Steigerung von inklusiv beschulten Schülerinnen und Schülern an Regelschulen, die zweite Möglichkeit den Bedarfen der steigenden Zahlen zu entsprechen. Nach einer Auswertung der amtlichen Schulstatistik zu Inklusiv beschulten Schülerinnen und Schülern in Baden-Württemberg im Schuljahr 2017/18 nach Stadt- und Landkreisen liegt der Landkreis Esslingen mit 8% im unteren Feld und unter dem baden-württembergischen Durchschnitt mit 15% sowie deutlich unter den Spitzenreitern mit 28%. Dies kann ein Zeichen dafür sein, dass im Landkreis Esslingen mehr Maßnahmen zur Förderung von Inklusion notwendig sind. Jeder Mensch hat das Recht darauf, dabei zu sein. In der UN-Behindertenrechtskonvention, die auch für Deutschland seit 2009 gilt, ist das Recht auf Inklusion festgeschrieben. Das bedeutet, dass Kinder mit Behinderung nicht vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden dürfen. Eltern können wählen, ob der Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot in einem SBBZ (auch in einer kooperativen Organisationsform) oder in einem inklusiven Bildungsangebot in einer allgemeinen Schule eingelöst werden soll.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und der Zusage, am 16. Februar 2023 im Ausschuss zu berichten, als erledigt betrachtet.

5.2 Anträge SPD-Fraktion

5.2.1 Verlässliche Schüler:innenbeförderung

Die SPD-Fraktion beantragt einen Bericht im KSA zur derzeitigen Situation der Schüler:innenbeförderung im Landkreis. Dabei sollen auch betroffene Eltern zu Wort kommen.

Begründung:

Verschiedene Zeitungsberichte legen nahe, dass es hier nicht nur einen aktuelle, sondern eine strukturelle Frage gibt. Die Eltern formulieren zurecht den Anspruch auf eine langfristige zuverlässige Lösung. Um alle Seiten zu

hören, halten wir es für notwendig, Elternvertreter:innen in die Beratung einzubeziehen.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen von Schulleiter Schmitt-Stephan und der Verwaltung in der Sitzung sowie in Vorlage 141/2022 als erledigt betrachtet.

5.2.2 Schulsozialarbeit als wichtiger Eckpfeiler des Lebensraums Schule

Die SPD-Fraktion beantragt einen Bericht im KSA zur derzeitigen Situation der Schulsozialarbeit an den Schulen des Landkreises. Es wird um Auskunft zu den Personalstellen und deren Besetzung gebeten. Ebenso sollte die Relation zwischen Schülerzahl und Stellen insgesamt und pro Schule vorgestellt werden.

Begründung:

Die Pandemie hat auch an den Schulen tiefe Spuren hinterlassen. Für unsere Gesellschaft stellen sich langfristige schwierige Fragen. Diesen kann durch eine aktive Schulsozialarbeit begegnet werden. Daher wollen wir den derzeitigen Sachstand kennen, um abschätzen zu können, ob hier personelle Erweiterungen notwendig sind.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und der Zusage, am 16. Februar 2023 im Ausschuss zu berichten, als erledigt betrachtet.

5.3 Antrag FDP-Fraktion

5.3.1 Freilichtmuseum Beuren

Mit großem zeitlichem, personellem und finanziellem Aufwand ist das Team des Freilichtmuseum Beuren dabei, das Projekt „Entsammeln“ weiter voranzutreiben.

Diese Anstrengungen werden von der FDP-Fraktion ausdrücklich anerkannt und wertgeschätzt. Allerdings sehen wir nach wie vor dringenden Handlungsbedarf beim Thema „Wiederaufbau der (3) eingelagerten Häuser“. Um dieses Projekt zielgerichtet und möglicherweise kostensparend voranzutreiben, stellen wir folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu untersuchen, ob eine 3-D-Visualisierung der Gebäude mit zumutbarem finanziellem Aufwand technisch leistbar ist. Nach unserer Einschätzung sind die Voraussetzungen durchaus gegeben: Umfassende Analyse-Daten aus der Dokumentation der restauratorischen Untersuchungen - vor der Translocation – liegen vor.

Appell: Nach 35 !! Jahren der Einlagerungszeit der Häuser ist es nun wirklich an der Zeit, zielführende Entscheidungen zu treffen. Es geht jetzt auch um die Glaubwürdigkeit des Landkreises, des Kreistags und seiner Gremien.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 141/2022 als erledigt betrachtet.

5.4 Antrag Fraktion DIE LINKE

5.4.1 Sachstandsbericht ukrainische Schülerinnen und Schüler

Die Fraktion DIE LINKE beantragt, dass die Verwaltung einen Sachstandsbericht zur aktuellen Situation der Schülerinnen und Schüler erstellt, die im Zuge des Krieges in der Ukraine zu uns in den Landkreis gekommen sind und nun die Schulen in Trägerschaft des Landkreises besuchen. Neben den statistischen Entwicklungen (Anzahl, Zu- und Weggänge etc.) sollten auch auf bisherige Erfahrungsgewinne und Herausforderungen in den jeweiligen Schulen eingegangen werden. Ebenso sollte darauf eingegangen werden, wie viel Schüler*innen über digitale Endgeräte weiterhin am ukrainischen Schulunterricht teilnehmen und ob erwartet wird, dass dieser langfristig aufrecht erhalten werden kann oder evtl. vermehrt Schüler*innen in den Regelbetrieb der Schulen im Landkreis eingegliedert werden.

Die Verwaltung hat in der Sitzung des KSA am 30.06.2022 unter Verschiedenes einen mündlichen Bericht zur Situation der Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine gegeben. Der jetzt beantragte Sachstandsbericht, soll eine Fortsetzung dessen sein und über die Situation gut 6 Monate später informieren.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 141/2022 als erledigt betrachtet.

5.5. Antrag AfD-Fraktion gemeinsam mit DIE REPUBLIKANER

5.5.1 Qualitätsniveau an den Berufsschulen

Das Bildungsniveau an den allgemeinbildenden Schulen Baden-Württembergs hat sich nach einer Untersuchung des renommierten Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) in den letzten fünf Jahren weiter verschlechtert.

Die Kinder können im Schnitt deutlich weniger als bei den Analysen der Jahre 2016 und 2011.

Während Bayern und Sachsen im Länder-Ranking ihren Spitzenplatz behaupteten, ist unser Bundesland leider ins Mittelmaß abgerutscht.

So erreichten in Baden-Württemberg nur 57 % die Regelstandards im Lesen und Zuhören, 47 % in der Rechtschreibung und 56 % in der Mathematik.

Als Gründe für die schlechte Leistungen nennt das Institut gesellschaftliche Unterschiede und Benachteiligungen, die vor allem bei Migrantenkindern auftreten würden. So entspreche der Leistungsunterschied beim Zuhören mehr als 2 ¼ Schuljahren.

Klagen aus Industrie und Handwerk über das schlechte Bildungsniveau von Lehrlingen lassen erwarten, dass sich die dargelegten Mängel im weiteren Schulablauf nicht wesentlich verbessern.

Für die Antragsteller stellen sich folgende Fragen:

1. Welche Erkenntnisse hat die Verwaltung über das Qualitätsniveau an unseren Berufsschulen?
2. Gibt es entsprechende Untersuchungen und von wann sind diese?
3. In welcher Form werden die dargelegten, grundlegenden Wissensmängel verringert?

4. Gibt es zusätzlichen Deutschunterricht?

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 141/2022 als erledigt betrachtet.

gez.
Heinz Eininger
Landrat